



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 29.10.2013

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 04.07.2013, 16:05 Uhr bis 18:52 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	bis 17:55 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Susanne Bercher-Hiss

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP bis 18:04 Uhr
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

## **Verwaltung**

Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Rainer Liebmann	stellv. Leiter des Umwelt und Verbraucherschutzamtes
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat VI - Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Joachim Wolff	Vertreter des Personal- und Organisationsamtes
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

## **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge-Oswald

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Heribert Resch	CDU
---------------------	-----

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Daniela Voigt	KLuST e.V.
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Insbesondere begrüßt sie Beigeordneten Herrn Höing, der heute Beigeordnete Frau Reker vertrete.

Sie informiert über die aktuellen Tagesordnungen, deren Erweiterungen an den Zusätzen "zugesezt und zugestellt" bzw. Tischvorlage zu erkennen seien.

Die Unterlagen seien bis auf drei Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün zugestellt worden. Im Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb gebe es keine Tischvorlagen.

Zu TOP 1.1 bzw. 1.1.1 im Ausschuss Umwelt und Grün (Doppelstrukturen im Natur- und Landschaftsschutz) komme Herr Wolff vom Personal- und Organisationsamt.

RM Herr Dr. Welpmann bittet, TOP 4.7 zu vertagen, da die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen noch Beratungsbedarf habe.

Beigeordneter Herr Höing weist darauf hin, dass Herr Liebmann zu TOP 4.7 einige Informationen machen möchte.

Die Ausschussvorsitzende schlägt daher vor, TOP 4.7 aufzurufen, die Beschlussfassung jedoch zu vertagen.

RM Herr Kienitz bittet, dass bei einigen kurzfristig zugegangenen Mitteilungen unter TOP 7 ermöglicht wird, diese gegebenenfalls noch mal auf die Tagesordnung zu nehmen. Außerdem müsste die Dringlichkeit des TOP 2.2 festgestellt werden.

RM Herr Bacher begründet die Dringlichkeit zu TOP 2.2. Er macht darauf aufmerksam, dass das Tropenhaus schon seit einiger Zeit für Besucherinnen und Besucher gesperrt sei und noch nicht erkennbar sei, wann es wieder geöffnet werden könne. Die Sommerpause stehe bevor und man wolle durch diesen Antrag der Verwaltung die Gelegenheit geben, der Politik beschlussreife Vorlagen zu machen, damit das Jubiläum der Flora und des Botanischen Gartens im nächsten Jahr mit einer klaren Beschlusslage stattfinde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün erklärt sich mit den verschiedenen Änderungsvorschlägen einverstanden und beschließt einstimmig folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen

#### B Gleichstellungsrelevante Themen

#### 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Doppelstrukturen im Natur- und Landschaftsschutz?  
Anfrage der CDU-Fraktion  
AN/0800/2013

1.1.1 Doppelstrukturen im Natur- und Landschaftsschutz  
Beantwortung der Anfrage  
2288/2013

#### 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Ehrenamtliche Patenschaften für Kölner Stadtweiher  
Antrag der CDU-Fraktion  
AN/0799/2013

2.2 Zukunft der Flora - Schaugewächshäuser  
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen  
AN/0921/2013

#### 3 Kommunalen Klimaschutz

3.1 Umsetzung Integriertes Klimaschutzkonzept

3.2 Smart City Cologne

#### 4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Freiraumplanerischer Wettbewerb Masterplan Innerer Grüngürtel und Erweiterung Eifelwall  
**2. Durchgang**  
3625/2012

4.2 Pflege- und Entwicklungsplan "Linder Bruch"  
0983/2013

- 4.3 Beschaffung von 10 Kleintransportern LKW für den Friedhofsbereich  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
1511/2013
- 4.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW  
1609/2013
- 4.5 Neuwahl eines Stellvertreters für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde  
1793/2013
- 4.6 Entschlammung des Volksgarten Weihers  
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes  
1797/2013
- 4.7 Cyanidbelastung des Grundwassers im Bereich des Kalkberges I  
hier: Gutachterliche Leistungen  
2106/2013
- 4.8 Massaria-Befall an Platanen  
2138/2013
- 4.8.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage betreffend Massaria-Befall an Platanen (Vorlagen-Nummer: 2138/2013)  
AN/0928/2013
- 4.9 Rahmenvertrag über die Lieferung von handgeführten Maschinen, Ersatzteilen und Zubehör  
hier: Bedarfsfeststellung  
1971/2013
- 4.10 Beschaffung von 12 Fahrzeugen für den Teilbereich Stadtgrün  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
1979/2013
- 5 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 7 Mitteilungen**
- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.1.1 Rheinboulevard  
2. Quartalsbericht 2013  
2036/2013

- 7.2 Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastung durch Fahrgastschiffe (sog. "Partyschiffe") am Rhein  
1804/2013
- 7.3 Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg  
Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform  
2086/2013
- 7.4 Sachstand zum Ratsauftrag zur Erstellung eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes  
2202/2013
- 7.5 Gefährdungsabschätzung des ehemaligen Schießplatzes in Köln-Ostheim  
2219/2013
- 7.6 Umsetzung des "elektronischen Abfallnachweisverfahrens" bei der Stadt Köln (Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.04.2013, TOP 4.1, Session-Nr. 0138/2013)  
1931/2013

## **8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 8.1 GAG-Wärmepumpensiedlung Niehler WohnArt - Betriebserfahrungen und Energiekosten  
Beantwortung der Anfrage von Herrn Donath  
2027/2013
- 8.2 Energiebericht 2012 - Verbrauchs- und Kostenstatistik 2011 und Sachstand Energiemanagementkonzept  
TOP 7.4 aus der Sitzung am 06.06.2013  
Zusatzfragen des RM Herr Brust  
2285/2013

## **9 Mündliche Anfragen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen**

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller verpflichtet die sachkundige Einwohnerin, Frau Susanne Bercher-Hiss.

### **B Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine.

## **1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

### **1.1 Doppelstrukturen im Natur- und Landschaftsschutz?**

**Anfrage der CDU-Fraktion**

**AN/0800/2013**

#### **1.1.1 Doppelstrukturen im Natur- und Landschaftsschutz**

**Beantwortung der Anfrage**

**2288/2013**

RM Herr Kienitz bemerkt kritisch, dass die Personal- und Sachressourcen nicht den jeweiligen Aufgaben zugeordnet werden können. Daher wäre aus Sicht der CDU-Fraktion die bereits in der Anfrage vorgeschlagene tabellarische Auflistung detaillierter und deutlicher. Er bittet die Verwaltung, das dem Ausschuss noch vorzulegen.

Die Fragen 2 bis 4 seien mit dem Hinweis auf das Organisationsrecht des Oberbürgermeisters (OB) nicht beantwortet worden. Die CDU-Fraktion interessiere jedoch, unabhängig vom Organisationsrecht des OB, wie die betroffenen Fachdezernate die Fragen 2 bis 4 bewerteten, insbesondere hinsichtlich der Erfahrung mit der bestehenden Zuständigkeitsabgrenzung und der Gefahren neuer Reibungsverluste im Fall der Zusammenlegung der betroffenen Abteilungen.

Herr Kienitz fragt abschließend, wie die Verwaltung im Rahmen einer weiteren Geschäftsprozessuntersuchung das Thema "Doppelstrukturen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung" aufgreifen möchte oder ob das beabsichtigt sei.

Herr Wolff, Projektleiter der "Geschäftsprozessoptimierung (GPO) Untere Landschaftsbehörde" beim Personal- und Organisationsamt erläutert, dass es zwischen 57 (Umwelt- und Verbraucherschutzamt) und 67 (Amt für Landschaftspflege und Grünflächen) zumindest eine zweigeteilte Aufgabenverteilung gebe. Ob das eine optimale Struktur sei oder vielleicht nur eine suboptimale, sei Thema der GPO, die die Verwaltung Anfang dieses Jahres auf den Weg gegeben habe.

Diese Untersuchung - dabei handle es sich um ein organisatorisches Verfahren, was im Schwerpunkt nicht nur den Prozess, sondern insbesondere Schnittstellen zwischen Organisationseinheiten im Fokus habe - sei noch lange nicht abgeschlossen. Man habe die Ist-Analyse erledigt und prüfe derzeit weitergehend diverse Aspekte der Gesamthematik.

Da der innerstädtische Meinungs austausch noch nicht abgeschlossen und somit auch noch keine Verwaltungsmeinung hergestellt sei, sei es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, die Fragen 2 bis 4 abschließend für die Verwaltung zu beantworten.

RM Herr Bacher fragt, ob die Unvollständigkeit der Beantwortung nicht auch darin begründet sei, dass die beteiligten Ämter 57 und 67 nicht in den Prozess mit einbezogen worden seien.

RM Herr Dr. Welpmann schließt sich den Nachfragen von Herrn Kienitz an. Dieses Thema betreffe die Fachlichkeit der beiden betroffenen Ämter und gehöre schon allein deshalb in den Ausschuss Umwelt und Grün. Es sei nicht nur eine rein organisatorische Frage und laufendes Geschäft der Verwaltung, sondern man wolle hier beteiligt werden und bitte deshalb dringend darum, die entsprechenden Vorschläge auf jeden Fall dem Ausschuss Umwelt und Grün vorzulegen, so dass er sich, ganz unabhängig vom Ergebnis, inhaltlich einbringen könne.

Herr Dr. Welpmann bittet, die Beantwortung dem AVR zur Kenntnis zu geben, da es sich um organisatorische Dinge handle und die Vorlage vom Organisationsdezernat komme. Er zeigt sich erstaunt über die Tatsache, dass der Ausschuss erst nach 6 Monaten über diese Planungen erfahre. Daher wiederhole er noch mal seine Bitte, in den weiteren Prozess eingebunden zu werden.

Herr Wolff antwortet Herrn Bacher, dass jedwede organisatorische Untersuchung sich zunächst innerhalb der Verwaltung - ausgehend vom Personal- und Organisationsamt, Dezernat I - und ab einem gewissen Status nach außen entwickle. Dann seien auch die beteiligten Fachämter beteiligt.

Herr Wolff erläutert das Verfahren und erklärt, dass zunächst der Ist-Zustand erhoben und eine Analyse erstellt werde. Anschließend würden Optionen durchgespielt und vorgeprüft. Wenn man ein Meinungsbild entwickelt habe, beteilige man die Fachverwaltung und bitte um Stellungnahme. Das sei jedoch immer noch innerorganisatorisch, so dass zu diesem Zeitpunkt noch keine Möglichkeit bestünde, die Fragen 2 bis 4 abschließend zu beantworten.

Die Bitten von Herrn Dr. Welpmann, sowohl in den Prozess einbezogen zu werden, als auch den AVR mit einzubinden, werde er mitnehmen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller fasst zusammen, es sei deutlich gewordener Wunsch des Ausschusses Umwelt und Grün, angemessen beteiligt zu werden und natürlich auch andere Ausschüsse, die mit solchen organisatorischen Aufgaben verbunden sind, möglichst frühzeitig einzubinden. Sie habe Verständnis für das Anliegen der Organisationsverwaltung. Andererseits seien ihr aber auch die Prozesse bekannt, die bei derartigen Verfahren abläufen. So sei oftmals eine Beteiligung zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr möglich.

RM Herr Bacher fragt nach, warum diese Untersuchung jetzt nach weit über 20 Jahren angestoßen worden sei. Die Schnittstellenregelung sei schon so alt wie der Beschluss zum Landschaftsplan und er sei erstaunt, dass nach so langer Zeit ein Bedarf erkannt werde, in diesem Bereich Optimierungen vorzunehmen.

Herr Wolff informiert darüber, dass die Organisationsverwaltung im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung in der Unteren Landschaftsbehörde gebeten worden sei, diese Schnittstellenregelung einer näheren Betrachtung zu unterziehen. In 2013 lagen die Rahmenbedingungen für diese Betrachtung vor.

Auf die Nachfrage der Ausschussvorsitzenden nach dem Projektende antwortet Herr Wolff, dass dies zum Ende des Jahres 2013 beabsichtigt sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Wolff zur Kenntnis.



## **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

### **2.1 Ehrenamtliche Patenschaften für Kölner Stadtweiher Antrag der CDU-Fraktion AN/0799/2013**

RM Herr Kienitz begründet kurz den Antrag. Er erinnert an die dramatische Situation des Fisch- und Vogelsterbens im Jahre 2010 am Aachener Weiher und hebt das Engagement vieler Kölnerinnen und Kölner hervor, die sich für die Stadtweiher in Köln einsetzen.

Die Idee sei, im Rahmen eines Pilotprojektes auszuloten, wie solche Patenschaften funktionieren könnten, in etwa vergleichbar zu den Spielplatzpatenschaften. Die Paten könnten Bindeglied zwischen den Parkbesuchern und der Stadt sein, indem sie wichtige Informationen an Parkbesucher weitergeben oder auch in Notsituationen dies an die Stadtverwaltung melden.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojektes für ausgesuchte Stadtweiher (z. B. Kalscheurer Weiher und Blücherpark) die Einrichtung ehrenamtlicher Patenschaften für die Kölner Stadtweiher zu prüfen. Die ehrenamtlichen Paten sollen beauftragt werden, die Verwaltung über nachteilige Veränderungen an dem jeweiligen Gewässer sowie den dort lebenden Tieren zu informieren. Darüber hinaus sollen die ehrenamtlichen Helfer Aufklärungsarbeit, z. B. hinsichtlich des Fütterungsverbotes an öffentlichen Wasserflächen, leisten. Ferner sollen sie Anregungen der Kölner Bürgerinnen und Bürger aufnehmen und diese an die zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Verwaltung weitergeben. Nach einer angemessenen Pilotphase ist den zuständigen Gremien ein Entscheidungsvorschlag zur dauerhaften Einrichtung von Patenschaften für die Kölner Stadtweiher vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **2.2 Zukunft der Flora - Schaugewächshäuser Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0921/2013**

RM Herr Bacher begründet den Antrag. Zielsetzung sei, nicht nur ein Signal an die Öffentlichkeit, sondern auch an die Verwaltung zu geben, dass der Politik die Schaugewächshäuser am Herzen liegen. Herr Bacher drückt sein Bedauern darüber aus, dass das Große Tropenhaus wegen Einsturzgefahr für die Öffentlichkeit geschlossen werden musste.

Daher wolle man der Verwaltung noch vor der Sommerpause die Möglichkeit geben, zu prüfen, ob sich eine Instandsetzung noch rechne oder Pläne für einen Neubau sinnvoller erscheinen.

Er bitte deshalb die Mitglieder des Ausschusses dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

RM Herr Dr. Albach signalisiert Zustimmung zum Antrag, erinnert aber auch an seine mündliche Anfrage aus der letzten Sitzung nach dem Sachstand und die Aussage der Verwaltung, dass in dieser Angelegenheit eine Vorlage über das weitere Vorgehen in Zusammenarbeit mit der Gebäudewirtschaft erfolgen werde.

Herr Kaune bestätigt, dass bis Ende Juli am großen Gewächshaus ein provisorisches Gerüst aufgestellt werden soll, so dass das Gebäude behelfsmäßig mit einer Stützkonstruktion gesichert werde, um es wieder für die Öffentlichkeit freizugeben. Allerdings sei die Stützkonstruktion gesetzlich lediglich für die Dauer eines Jahres zugelassen.

RM Herr Kienitz kündigt für seine Fraktion ebenfalls Zustimmung zum Antrag an. Er weist darauf hin, dass sich die Stadt den geplanten Neubau wegen der angespannten Haushaltslage derzeit nicht leisten könne. Man sei jedoch an einem dauerhaften Erhalt interessiert und rege an, nach einer kleineren Lösung zu suchen.

RM Herr Dr. Welpmann stellt klar, dass es im Antrag um eine Lösung gehe, die einen Zeithorizont von 10 bis 20 Jahren beinhalte und nicht von einem Jahr. Sollte die Verwaltung mit einem Bruchteil von 10 % der Investitionskosten von etwa 12 Mio. Euro, die für einen Neubau aufzuwenden seien, eine Lösung ermöglichen, die 10 bis 20 Jahre halte, so halte er dies für betriebswirtschaftlich sinnvoll. Wenn man jedoch 5 Mio. Euro investieren müsste, mache diese Lösung keinen Sinn und man müsse darüber diskutieren, wann ein Neubau zu realisieren sei.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung, kurzfristig zu prüfen, wie ein dauerhafter Erhalt der Schaugewächshäuser in der Flora sichergestellt werden kann.

Hierzu sind die technischen Möglichkeiten, die zu erwartende Lebensdauer und die Kosten einer Sanierung der bestehenden Gebäude – sofern überhaupt noch möglich - und die Kosten für einen Neubau der Schaugewächshäuser auf Grundlage des vom Freundeskreis des Botanischen Gartens beauftragten Entwurfes gegenüberzustellen.

Bei der Gegenüberstellung der Kosten Sanierung und Neubau ist insbesondere auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen abzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **3 Kommunaler Klimaschutz**

### **3.1 Umsetzung Integriertes Klimaschutzkonzept**

**und**

### **3.2 Smart City Cologne**

Frau Dr. Möhlendick berichtet zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in der Verwaltung und informiert über den aktuellen Sachstand der einzelnen Sofortmaßnahmen sowie über Projekte, Workshops, Events, Presseterminen im Rahmen von Smart City Cologne.

Am 11.07.2013 werde der Oberbürgermeister die Klimastrategie Multiplikatoren vorstellen (Stadtwerkekonzern, Politik und Vertretern aus Wissenschaft und einschlägigen Institutionen/Organisationen). Die Klimastrategie sehe vor, die zahlreichen Klima-

schutzinitiativen in Verwaltung und Stadtgesellschaft strategisch zu bündeln. Köln solle dadurch für Investoren und Fördermittelgeber in den Klimaschutz sichtbarer werden. Zudem werde der Entwurf einer Vision für SmartCity Cologne vorgestellt, mit der sich die Stadt gemeinsam mit der RheinEnergie AG und einem Industriekonsortium sowie Europäischen Partnern im HORIZON 2020, dem neuen Forschungsprogramm der EU um Fördermittel bewerben wolle. In dem Viertel sollen integriert intelligente und klimafreundliche Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Stadtentwicklung, IKT und Energie getestet werden. Es solle gezeigt werden, dass nachhaltiger Stadtumbau gelingen könne.

### **TOP 3.1 Umsetzung Klimaschutzkonzept in der Verwaltung**

Bei der Gebäudewirtschaft finde für die E11-Stelle im Bereich Energiemanagement derzeit das Auswahlverfahren statt.

Für die zusätzliche E11-Stelle bei der Koordinationsstelle Klimaschutz (V-7) habe das Personalamt entschieden, dass Prio-1 Personal zu suchen sei. Der Auswahlprozess laufe.

Seit 2007 richte das Amt für Straßen und Verkehrstechnik jährlich über 1.000 zusätzliche Fahrradabstellplätze im öffentlichen Straßenraum ein. In 2011 seien es 1.500 Fahrradabstellplätze gewesen. 2012 konnten wegen des Ausscheidens eines Mitarbeiters in den Ruhestand zu Jahresbeginn leider nur 750 zusätzliche Abstellplätze installiert werden. Eine Wiederbesetzung sei nicht möglich gewesen, da es sich um eine Übersollstelle handelte, die nach Ausscheiden des Mitarbeiters weggefallen sein. Allerdings konnte Ende 2012 im Bereich "Fahrradparken" eine neue Stelle auf Grundlage des städtischen Klimaschutzkonzeptes eingerichtet werden. Damit werde zukünftig wieder eine den Vorjahren vergleichbare Anzahl zusätzlicher Abstellanlagen pro Jahr eingerichtet werden können. Das Ziel, die jährliche Anzahl neuer Abstellplätze durch die zusätzliche Stelle aus dem Klimaschutzkonzept deutlich auszuweiten, werde hingegen nicht umsetzbar sein.

Hinsichtlich zusätzlicher Stellen beim Umweltamt sei geplant, Klimaschutzmanager/Innen für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu beantragen. Das Bundesumweltministerium (BMU) finanziere diese Stellen mit 65% für den Zeitraum von 3 Jahren mit der Option einer Verlängerung von 1 Jahr. Zusätzlich würden seitens des BMU für die Arbeit der Klimaschutzmanager/Innen weitere Fördermittel für die Umsetzung von Maßnahmen bereitgestellt.

## **I. Sofortmaßnahmen**

### **A2: Zentrum für Energieeffizienz**

Die Koordinationsstelle Klimaschutz erarbeite derzeit ein Konzept. Ein erstes Konzept gehe im September 2013 in die Verwaltungsberatung.

### **A5/A6: Energiemanagement Kultureinrichtungen/Gebäudewirtschaft**

Die Besetzung der E11-Stelle für Dez VII sei im Rat beschlossen und die Stellenausschreibung (intern/extern) erstellt worden.

Bei der Gebäudewirtschaft sei das Auswahlverfahren für die E11 in Gang. Die Rheinenergie werde noch im Juni ein Angebot über 5500 Smart Meter und ein Business Portal für das Energiemanagement vorlegen.

## Sachstand Dienstfahräder

Es bestehe weiterhin die vorläufige Haushaltsführung. Die Mittelübertragung der investiven Mittel (50.000 €) sei noch nicht erfolgt. Eine Prognose hinsichtlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung sei frühestens Mitte Juli möglich. Nach Inkrafttreten werde die Mittelfreigabe bei der Kämmerei beantragt.

## II. Umsetzung/Planung weiterer Maßnahmen zum Klimaschutz

**Altbausanierungsprogramm:** Das Umweltamt erarbeite derzeit ein Konzept für die Altbausanierung. Schwerpunkt seien die Fördermittel für die Sanierung sowie das Sammeln der Erfahrung aus anderen Städten.

**CO2 Bilanzierung:** Die Fortschreibung der Bilanz für 2010 werde in 2013 begonnen.

**European Energy Award (eea):** Werde in 2013 begonnen. Der Antrag auf Förderung sei am 06.06.2013 gestellt worden.

**Kommunikationskonzept Klimaschutz:** Werde bis Ende 2013 erstellt.

**Das Projekt „Köln spart CO2“** der Köln Agenda und Stadtverwaltung plane im Dezember 2013 online zu gehen. Der Steuerungskreis tage am 01.07.2013.

### TOP 3.2 Smart City Cologne

- **Workshop mit Siemens 23.05.2013:** Rund 20 Vertreter der Stadtverwaltung, KVB, HyCologne und 8 Vertreter der Siemens AG tagten zum Thema „Möglichkeiten zur Kooperation Siemens und *SmartCity Cologne*“. Ein weiterer Termin mit Siemens und dem Gesundheitsamt zum Thema „Green Hospitals“ sei geplant.
- **Vorstellung der Klimastrategie und *SmartCity Cologne* am 20.06.2013** in Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium in Düsseldorf. Am 30. September sei die Vorstellung des neuen Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 in Düsseldorf in den Rheinterrassen geplant. Herr OB Roters werde dazu von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eingeladen. Seitens der EU werde der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz vertreten sein. Ein Wasserstoffbus aus Köln (HyCologne) werde vor der Veranstaltung als Beispiel für innovative (EU-geförderte) Technologie gezeigt.
- **Der Lenkungsausschuss habe am 25.06.2013 getagt.** Frau Beigeordnete Berg und Herr Fenske, KVB, seien neue Mitglieder im Lenkungsausschuss SCC. Am 25. Juni sei die Vision *SmartCity Cologne* vorgestellt worden, die seitens der Verwaltung (am 28.05.2013) und Projektleitung von SCC vorbereitet wurde. Es sei geplant, im neuen Forschungsrahmenprogramm der EU „HORIZON 2020“ ein großes EU-Projekt für den „smarten“ und klimafreundlichen Stadtumbau in Köln einzureichen.
- **EU-Projekt Celsius:** Nutzung Abwärme: Kick-off Veranstaltung habe im Juni stattgefunden.
- **Am 05.07.2013** sei im Rahmen des „Blauen Abends“ in Nippes eine Veranstaltung auf der Klimastraße geplant. Dort können die Anwohner und Passanten E-Bikes testen. Die notwendige Straßensperrung für die Veranstaltung sei genehmigt worden.
- **Am 11.07.2013** werde die Vision *SmartCity Cologne* 2020 der Politik, dem Stadtwerkekonzern, dem Beirat von SCC, Organisationen/Vereinen vorgestellt und in einem partizipativen Ansatz erweitert bzw. verfeinert. Es soll auch über

- einen möglichen Standort für das „UrbanLab“ von *SmartCity Cologne 2020* gesprochen werden.
- **Am 15.07.2013** Pressetermin OB Roters Bezirksrathaus Nippes 11 bis 12 Uhr.
  - **Am 10.10.2013 werde *SmartCity Cologne*** der Stadtgesellschaft vorgestellt. Die Konferenz im Rathaus werde interaktiv und klimaneutral geplant.
  - **SmartCity Expo in Barcelona: 19.-21.11.2013 in Barcelona:** Bürgermeisterin Frau Scho-Antwerpes werde auf Einladung von OB Trias am Bürgermeistertreffen teilnehmen und *SmartCity Cologne* vorstellen.

### **Klimapartnerschaft mit Rio de Janeiro, Brasilien und Corinto in Nicaragua:**

Eine Delegation aus Köln (Herr Busch AVG, Tadeu Caldas) fahre Anfang Juli 2013 nach Rio, um ein Projekt zur Verbesserung des Abfallmanagements in Rio in die Wege zu leiten. Die Finanzierung erfolge durch Engagement Global.

Eine Delegation von Experten zum Hochwasserschutz fahre im Juli 2013 nach Corinto. Die Entsendung werde ebenfalls durch Engagement Global (BMZ) finanziert).

Einzelne Ausschussmitglieder stellen Fragen:

RM Herr Bacher möchte wissen, inwieweit die Entscheidungsträger in den Erfahrungsaustausch mit eingebunden werden.

RM Herr Dr. Albach kommt auf einen Aspekt der Sofortmaßnahmen zu sprechen, in dem es um Nachhaltigkeit und Wohnungsbau bzw. Baustandards geht. In der nächsten Ratssitzung werde unter anderem auch über Vorlagen zum Thema "Baustandards/Schulen in Köln" beraten. Hier gebe es von Seiten des Rates bestimmte Vorgaben und es gebe jetzt Vorgaben, die etwas anders aussehen.

Er frage, hinsichtlich "Nachhaltigkeit in der Kämmerei" in Bezug z. B. auf erwartete Energiekostensteigerungen oder Lebensdauern für bestimmte Dämmmaßnahmen, ob die Verwaltung mitteilen könne, welche Parameter für diese Berechnungen zugrunde gelegt werden. Vorher könne nicht über irgendwelche Beträge, die als Ergebnisse präsentiert werden, beraten werden.

Die Ausschussvorsitzende regt eine Beantwortung dieser Nachfrage in schriftlicher Form an.

RM Herr Kienitz fragt, ob das integrierte Klimaschutzkonzept im Oktober dieses Jahres präsentiert werden soll.

Frau Dr. Möhlendick erwidert Herrn Bacher, es gebe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzielle Mittel, um in den Partnerstädten große Projekte bis 500.000 Euro zu finanzieren. Sollte ein derartiges Programm der Zusammenarbeit mitgetragen werden, müsse der Rat zustimmen.

An Herrn Dr. Albach gewandt, antwortet sie, es habe eine Arbeitsgruppe bei der Kämmerin mit externen Beratern gegeben. Mit den Ergebnissen müsse sie sich noch befassen.

Auf die Nachfrage von RM Herrn Dr. Albach, ob sie die Vorlage bezüglich Passivhaus für entscheidungsfähig halte, antwortet Frau Dr. Möhlendick, dass man beim Passivhausstandard in Köln Pilotprojekte benötige. Das einzige Projekt, was man habe, sei eine Schule. In einer Schule sei das problematisch, weil da die CO<sub>2</sub>-Gehalte sehr hoch seien. Sie empfehle, mehr Erfahrungen in anderen Gebäudetypen und nicht in Schulen zu sammeln. Außerdem habe sie die Stadt Frankfurt mit ihren mehr als

10 Jahren Erfahrung in Passivhausstandart im sozialen Wohnungsbau überzeugt. Dies würde sie gerne mit anderen Ämtern begutachten.

Das integrierte Klimaschutzkonzept im Oktober 2013 vorzulegen sei auch ihr Wunsch.

Die Ausschussvorsitzende bekräftigt, dass die Ziele für die CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2020 klar seien. Jetzt müsse dringend die Beschlussvorlage zum integrierten Klimaschutzkonzept für den Rat vorgelegt werden.

RM Herr Kienitz möchte wissen, auf was genau die Veranstaltung am 11.07.2013 mit dem Oberbürgermeister abziele.

RM Herr Brust kommt noch mal auf das Thema "Passivhausstandards an Schulen" zurück und informiert darüber, dass gerade in Frankfurt seit 10 Jahren vor allem Schulen in Passivhausbauweise mit sehr gutem Ergebnis gebaut würden. Insbesondere Schulen seien auch in Köln bei den Energieleitlinien für die Passivhausbauweise ausgesucht worden, weil die CO<sub>2</sub>-Belastung in der Luft für die Schüler ein Problem sei.

Er berichtet, dass in der nächsten Sitzung des Bauausschusses 8 Beschlussvorlagen zu Baubeschlüssen an Kölner Schulen zur Vorberatung und anschließenden Beschlussfassung im Rat vorgelegt werden. Bei 7 Vorlagen schlage die Verwaltung vor, wieder Geld in die Rückplanung von Passivhausschulen auf gesetzliche Standards zu investieren. Unter Klimagesichtspunkten sei nicht nachvollziehbar, weshalb das Umweltamt dies billige.

Herr Liebmann informiert darüber, dass das integrierte Klimaschutzkonzept jetzt in der Verwaltung abgestimmt werde, damit es im Herbst in der Politik beraten werden könne. Dies sei nicht ganz vorhersehbar, da es bei einem derart umfänglichen Konzept vielerlei Aspekte, z. B. auch finanzieller Art, zu berücksichtigen gebe, die zu einer breiten Diskussion führten, so dass er die Information unter Vorbehalt abgebe.

Zum Passivhausstandard möchte er auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe verweisen und rege eine entsprechende schriftliche Mitteilung an. Hinsichtlich des Passivhausstandards an Schulen habe sich das Umweltamt bisher nicht geäußert.

Beigeordneter Herr Höing bestätigt, dass diese 8 Vorlagen auch unter ökologischen Gesichtspunkten, also Tragfähigkeit von Passivhaus- und Kölner Standard bzw. EnEV 2009, erstellt worden seien. In dem Zusammenhang könne man gerne den Prozess Revue passieren lassen und auch in den nächsten Ausschuss einbringen.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller begrüßt dies und betont, Klimaschutz sei nicht nur eine Sache des Bereiches "Umwelt", sondern betreffe die gesamte Stadt Köln.

RM Frau Paffen fragt nach, ob zur Sondersitzung des Bauausschusses die Zahlen aus der Arbeitsgruppe eingebracht werden können. Denn bis zur Entscheidung im Rat sollten diese vorliegen.

Beigeordneter Herr Höing schlägt vor, in der Sondersitzung anhand der konkreten Fallbeispiele die Berechnungsmethoden darzustellen.

Herr Liebmann erläutert zur Veranstaltung am 11.07.2013, dass die Strategie sich in erster Linie auf den Zusammenhang zwischen Smart City Cologne und dem Klimaschutz in Köln beziehe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Informationen von Frau Dr. Möhlendick und den übrigen Vertretern der Verwaltung zur Kenntnis.

## 4 Allgemeine Beschlussvorlagen

### 4.1 Freiraumplanerischer Wettbewerb Masterplan Innerer Grüngürtel und Erweiterung Eifelwall 2. Durchgang 3625/2012

Ausschussvorsitzenden Frau Dr. Müller weist auf den Beschluss aus der Bezirksvertretung Innenstadt hin. Anschließend seien noch die Sachpreisrichterinnen und -richter zu benennen.

RM Herr Dr. Welpmann regt an, wie BV Innenstadt zu beschließen, inklusive der Ziffer 5.

RM Herrn Bacher spricht die in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur Planung und Durchführung einer Bundesgartenschau (BUGA) an. Er ist der Ansicht, dass die Stelle, wo die Grüntangente Süd entwickelt werden soll, eine geeignete Stelle für eine BUGA sein könne und fragt die Verwaltung, ob bei Beschluss der jetzigen Vorlage eine mögliche BUGA berücksichtigt werden könne oder nicht.

Beigeordneter Herr Höing sieht darin keinen Widerspruch.

- Zunächst stellt die Ausschussvorsitzende den von Herrn Dr. Welpmann vorgeschlagenen Beschlusstext (wie BV Innenstadt) zur Abstimmung:

#### **Ergänzter Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün

1. nimmt die freiraumplanerischen und städtebaulichen Zielsetzungen sowie das Verfahren zum "Freiraumplanerischen Wettbewerb Erweiterung südwestlicher Innerer Grüngürtel" zur Kenntnis und beschließt diese als Grundlage für das Verfahren und die Auslobung des Wettbewerbes;
2. beschließt die Übernahme der in Anlage 2 unter a) aufgeführten Ergebnisse aus dem ersten Bürgerbeteiligungsmodul als Anregungen in den Wettbewerb - soweit für das aktuell veränderte Wettbewerbsgebiet relevant - und nimmt die darüber hinausgehenden Anregungen unter b) zur Kenntnis;
3. benennt vier Sachpreisrichter/innen und vier Stellvertreter/innen für das Preisgericht;
4. beschließt, dass die Bezirksbürgermeister/innen Innenstadt und Lindenthal (oder deren Stellvertreter/innen) als Sachpreisrichter am Preisgericht mit je einer/m Stellvertreter/in teilnehmen.
5. **gibt allen Wettbewerbern mit zur Aufgabe: eine messbare Verbesserung des Stadtklimas, zum Beispiel durch Erhalt der Anzahl, respektive Vergrößerung der Anzahl der Bäume.**

Aus dem Haushaltsjahr 2012 stehen für diese Maßnahme im Teilergebnisplan 0901 Stadtplanung, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Aufwandsermächtigungen in Höhe von 170.000 € zur Verfügung, die bei positivem Beschluss der Maßnahme in das Hj. 2013 übertragen werden. Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt. Ein Antrag auf Förderung durch Städtebaufördermittel wird kurzfristig bei der Bezirksregierung eingereicht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

- Anschließend lässt sie über die beiden vorgeschlagenen Listen zur Benennung der vier Sachpreisrichter/innen und vier Stellvertreter/innen für das Preisgericht abstimmen:

**Liste 1 (SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)**

<b>Sachpreisrichterin / Sachpreisrichter</b>	<b>Stellvertreterin / Stellvertreter</b>
Götz Bacher	Dagmar Paffen
Niklas Kienitz	Katharina Welcker
Dr. Sabine Müller	Barbara Moritz
Dr. Rolf Albach	Norbert Hilden

**Abstimmungsergebnis:**

**12 Stimmen**

**Liste 2 (pro Köln)**

<b>Sachpreisrichterin / Sachpreisrichter</b>	<b>Stellvertreterin / Stellvertreter</b>
Judith Wolter	Markus Wiener

**Abstimmungsergebnis:**

**1 Stimme**

**Damit sind die Personen von Liste 1 als Sachpreisrichter/innen und Stellvertreter/innen für das Preisgericht gewählt.**

**4.2 Pflege- und Entwicklungsplan "Linder Bruch"  
0983/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die in der Begründung aufgeführten Inhalte des Pflege- und Entwicklungsplanes für den Geschützten Landschaftsbestandteil LB 7.24 „Senkelsgraben in Lind“ zur Kenntnis und stimmt den angestrebten Maßnahmen zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahmen nach gesicherter Finanzierung einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

**4.3 Beschaffung von 10 Kleintransportern LKW für den Friedhofsbereich  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
1511/2013**

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 550.000,00 EUR sowie die Freigabe einer Verpflichtungser-



mächtigung in Höhe von 210.500,00 EUR im Teilfinanzplan 1303 / Friedhöfe, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002 / Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (KFZ), Haushaltsjahre 2013/2014.

Die Freigabe der Mittel erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013/2014.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**4.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW 1609/2013**

**Beschluss:**

***Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:***

Der Rat der Stadt Köln weist die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) an, die Satzung zur Aufhebung der folgenden Satzungen zu beschließen:

1.1 Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz für Grundstücke im Stadtbezirk 2 (Hahnwald, Immendorf, Marienburg, Raderthal, Rodenkirchen, Rondorf, Sürth, Weiß und Zollstock) Stadtbezirk 6 (Roggendorf / Thenhoven), Stadtbezirk 7 (Westhoven) und Stadtbezirk 9 (Dünnwald, Flittard und Höhenhaus) - Fristensatzung 1 – vom 29.04.2009,

1.2. Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz für Grundstücke im Stadtbezirk 7 (Eil, Ensen, Finkenbergr, Gremberghoven, Grengel, Langel, Libur, Lind, Poll, Porz, Urbach, Wahn, Wahnheide, Westhoven, Zündorf) – Fristensatzung 2 – vom vom 13.07.2010,

1.3. Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz für Grundstücke im Stadtbezirk 9 (Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Dünnwald) – Fristensatzung 3 – vom 14.06.2011 in der zu dieser Beschlussfassung beigelegten Fassung (Anlage 1).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**4.5 Neuwahl eines Stellvertreters für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde 1793/2013**

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller stellt den Vorschlag unter a) zur Abstimmung:

**Beschluss:**

**Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:**

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Frau Judith Langer auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V.

**a) Frau Angelika Burauen**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**4.6 Entschlammung des Volksgarten Weihers  
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des  
Bürgerhaushaltes  
1797/2013**

RM Herr Kienitz signalisiert Zustimmung zur Vorlage. Er regt an, sich über die Verfahrensweise "Entschlammung" auszutauschen und einen Ortstermin anzubieten.

Herr Kaune greift die Anregung auf und stellt einen Ortstermin am Klettenbergparkweiher in Aussicht. Die Verwaltung werde dazu nach der Sommerpause einladen.

**Beschluss:**

**Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:**

Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen des Bürgerhaushaltes die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Teilergebnisplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 13 / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsplan 2013/2014, Hj. 2013 in Höhe von 54.000,00 EUR für Planungskosten zur Entschlammung des Weihers im Volksgarten.

Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 (1) GO NW sind erfüllt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**4.7 Cyanidbelastung des Grundwassers im Bereich des Kalkberges I  
hier: Gutachterliche Leistungen  
2106/2013**

Herr Liebmann weist auf zwei wichtige Aspekte hin, die in Zusammenhang mit der Beschlussvorlage betrachtet werden sollten.

Zum Einen habe der Fachbereich "Boden- und Grundwasserbelastung" im Umweltamt keinerlei Kapazitäten zur Verfügung, die es ermöglichen, zeitnah und zügig einen derart umfangreichen Arbeitsauftrag zusätzlich durchzuführen. Als Folge führte diese neue Aufgabe mit höherer Priorität aber gleichem Personalumfang zu entsprechenden Verzögerungen an anderer Stelle. Herr Liebmann weist beispielhaft auf viele akute Fälle - wie das Helios- und das Clouth-Gelände sowie verschiedene PFT-Belastungen in Kölner Süden - hin, die alle umfassend und dauerhaft betreut werden müssen.

Zum Anderen hebt er die seit längerem bekannte öffentliche Diskussion um den Kalkberg hervor. Das Umwelt- und Verbraucherschutzamt habe in der Vergangenheit im Zentrum der Kritik gestanden und sah sich dem öffentlichen Vorwurf ausgesetzt, mit dem Thema "Kalkberg" nicht immer sachgerecht umzugehen und nicht alles zu sagen. Man sei, was die Glaubwürdigkeit des Amtes anging, sicherlich immer in einer schwierigen Situation gewesen, bestimmte Zusammenhänge zu verdeutlichen. So sei zum Beispiel die Cyanidbelastung ein recht neuer Belastungsfaktor, der vom Umweltamt erkannt worden sei. In früheren Zeiten habe es in den Messungen und Proben, die zur Verfügung standen, eine solche erhöhte Belastung nicht gegeben. Diese habe wiederum zu erheblichen Verzögerungen in Bezug auf die Ankaufsverhandlungen für den Hubschrauberlandeplatz geführt.

Herr Liebmann informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Bezirksregierung darum gebeten habe, die Maßnahmen und Ergebnisse glaubhaft und zweifelsfrei darzustellen. Man habe im Zusammenhang mit den Kaufverhandlungen über ein Gutachten noch mal die vorhergehenden Untersuchungen und Maßnahmen des Umweltamtes überprüfen lassen. Das Gutachten habe die Ergebnisse zweifelsfrei bestätigt.

Abschließend betont Herr Liebmann, um von vornherein glaubwürdige Ergebnisse darstellen zu können, sei eine Vergabe an einen externen Gutachter unbedingt notwendig.

RM Herr Kienitz bemerkt, dass die CDU-Fraktion die Vorlage aus den vorgenannten Gründen bereits hätte mittragen können. Er habe noch die Bitte, der Bezirksvertretung Mülheim eine entsprechende Mitteilung über den Vorgang zur Kenntnis zu geben.

RM Herr Dr. Albach äußert die Bitte, der Öffentlichkeit eine bekannte Referenz zu geben und aus diesem Grund in der Darstellung den Cyanidgehalt eines Dresdner Christstollens hinzuzufügen. Zudem möchte er sichergestellt wissen, dass in der gutachterlichen Leistung klar unterschieden werde zwischen Cyanid und Cyanamid. Als Letztes macht er der Verwaltung das Angebot, bei der Setzung von Prioritäten behilflich zu sein und bittet um Darstellung der Dinge, die die Belastungssituation betreffen.

SE Herr Fischer möchte wissen, ob die Untersuchung durch den Kauf des Geländes erforderlich sei, unabhängig davon, ob dort jemals eine Rettungshubschrauberstation gebaut werde.

Herr Liebmann antwortet, die Untersuchung werde fällig, da durch Messproben im Grundwasser erhöhte Cyanidwerte festgestellt worden seien, die über dem Prüfwert liegen. Daher müssen jetzt die Quelle gefunden und weitere Sanierungen durchgeführt werden. Dies erfolge unabhängig vom Kauf. Allerdings sei der Eigentümer verpflichtet, die Untersuchung durchzuführen und deren Kosten zu tragen. Diese Verpflichtung sei mit dem Kauf auf die Stadt Köln übergegangen und die Kosten seien mit eingepreist worden.

RM Herr Dr. Welpmann unterstützt Herrn Dr. Albach in der Prioritätenfrage auch dahingehend, dass man dies im Gesamtkontext diskutieren müsse. Im Übrigen habe die Politik den Prozess im Vorfeld des Kaufes des Kalkberges sehr intensiv begleitet und sich auf die Aussagen verlassen, dass es keine gravierenden Belastungen gebe, sondern nur ein standardisiertes Grundwassermonitoring angewandt werde.

Herr Dr. Welpmann wendet sich grundsätzlich gegen eine Tendenz, Aufträge extern zu vergeben, weil Bürger und Medien kritische Fragen gestellt haben. Sich diese Argumentation durch einen Beschluss auch noch politisch zueigen zumachen, sei nicht akzeptabel. Außerdem habe sich das Rechnungsprüfungsamt in Diskussionen im Rechnungsprüfungsausschuss zum Thema "Make or buy" dahingehend geäußert,

dass - wenn eigene Ressourcen und Fachkompetenzen vorhanden seien - es immer besser und wirtschaftlicher sei, wenn die Verwaltung es selber mache.

RM Frau Frebel drückt hinsichtlich des Gutachtens ihre Verwunderung darüber aus, dass die Bodenbelastung jetzt erst festgestellt werde.

Herr Liebmann wendet sich an Herrn Dr. Welpmann und macht deutlich, dass es sich um einen Einzelfall handle und die Umweltverwaltung nicht grundsätzlich eine externe Vergabe vorziehe mit dem Argument, dass die Öffentlichkeit Kritik an der Arbeit des Umweltamtes äußert.

Ein möglicher Sanierungsplan werde bei der Bezirksregierung zur Genehmigung vorzulegen sein. Auch dort werde es wichtig sein, auf eindeutige Ergebnisse Externer zurückgreifen zu können, sodass die Neutralität eindeutig gewahrt bleibe. Zum Thema "Make or buy" erklärt er, dass das Rechnungsprüfungsamt der Vorlage zugestimmt habe.

An Frau Frebel gewandt informiert er darüber, dass die Ergebnisse zur Grundwasserbelastung aus dem Jahr 2010 stammen. Die Aussagen aus dem Umweltamt zur sog. "bestuntersuchten Altlast" seien weitaus älter.

Außerdem betont er, dass es sich um eine Grundwasserbelastung und nicht um Inhaltsstoffe des Kalkberges selber handle. Insoweit müsse eindeutig hinterfragt werden, ob diese Belastung überhaupt aus dem Kalkberg komme. Er bitte hier um eine differenzierte Betrachtung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung am 19.09.2013.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.8 Massaria-Befall an Platanen 2138/2013**

##### **4.8.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage betreffend Massaria-Befall an Platanen (Vorlagen-Nummer: 2138/2013) AN/0928/2013**

RM Frau Welcker stellt einige Nachfragen zur Vorlage:

1. Die Bürgerinitiative habe Bedenken geäußert, dass der Rückschnitt nur an Teilen der Weißenburgstraße möglicherweise zu Beschattungen führen könne. Frau Welcker möchte wissen, inwieweit es sinnvoll sei, diesen Rückschnitt nur auf dieser einen Straße durchzuführen oder ob dadurch nicht evtl. Schäden auftreten könnten.
2. Werden – im Falle eines Rückschnitts - nur 30 % oder mehr zurückgeschnitten?
3. Wie beurteilt die Verwaltung den Änderungsantrag der FDP-Fraktion aus fachlicher Sicht?
4. Hinsichtlich der klimatischen Bedingungen in Köln, die man nicht außer Acht lassen sollte, möchte sie wissen, ob man den Versuch in der Weißenburgstra-

ße lieber etwas verkleinern und stattdessen im Außenbereich einen weiteren Versuch starten sollte, um auch dort Vergleichszahlen zu erhalten.

RM Herr Dr. Welpmann legt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Wert auf eine fundierte Entscheidung angesichts der Tatsache, dass es mehr als 10.000 Platanen in Köln gebe. Insoweit halte man es auch für vertretbar, ästhetisch nicht ganz perfekte Lösungen zu akzeptieren, um die Frage der Massaria-Ausbreitung seriös klären zu können und vielleicht Erkenntnisse zu gewinnen, die gesamtstädtisch weiterhelfen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen könne dem Beschlussvorschlag im Tenor zustimmen. In jedem Abschnitt der Weißenburgstraße gebe es eine ausreichende Anzahl von Bäumen, um zu statistisch signifikanten Ergebnissen zu kommen. Um dies ästhetisch nicht zu unschön zu gestalten, rege man an, diese beiden Teilabschnitte - östlich der Hülchrather Straße bzw. westlich der Neußer Straße - nicht noch mal jeweils zu unterteilen, sondern den gesamten Abschnitt der Weißenburgstraße nur einmal in der Mitte zu teilen und den jeweils östlichen oder westlichen Abschnitt komplett zu schneiden bzw. nicht zu schneiden.

Herr Dr. Welpmann bittet die Verwaltung zu überdenken, ob dies möglich sei, so dass man darüber entscheiden könne, wenn die Beschlussvorlage im September in den Ausschuss Umwelt und Grün komme.

RM Frau Nessler-Komp fragt, ob es sich bei Massaria nicht um einen Parasiten handle, der bei diesem Versuch auf angrenzende Bäume überspringe und so das Ergebnis verfälsche.

RM Herrn Bacher bemerkt, der SPD-Fraktion sei es wichtig, zunächst die örtlichen Kenntnisse und die Fachkompetenz der Bezirksvertretung zu hören und auch über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu beraten. Daher wolle man sich heute noch nicht inhaltlich äußern.

Hinsichtlich der vernommenen Behauptung, die Verwaltung habe großes Interesse, alle 12.000 Straßenbäume zu fällen, um noch neue pflanzen zu können, weist er darauf hin, dass der Rat in diesem und im nächsten Haushalt 1,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt habe, um 1.000 Bäume nachzupflanzen. Eine Hochrechnung auf alle 12.000 Bäume würde die Stadt Köln demnach 15 Mio. Euro kosten, so dass die Behauptung absolut unrealistisch sei.

RM Herr Dr. Albach begründet den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Bei Erfassung von statistischen Daten über Entwicklung, Ausbreitung und Hotspots sei eine risikoorientierte Bekämpfung der Massaria wesentlich besser durchführbar. Jetzt müsse eine Abwägung zwischen Stadtbild und umweltpolitischen und fachlichen Dingen erfolgen. Ihn interessiere, ob die Ergebnisse aus der Weißenburgstraße auf die anderen Straßenbäume übertragbar seien.

Herr Dr. Bauer antwortet auf die Fragen. An Frau Nessler-Komp und Herrn Dr. Welpmann gerichtet, erläutert er, dass Massaria keine Krankheit sei, die zu einem Zusammenbrechen des gesamten Platanenbestandes führen werde, bzw. die unwiderruflich dazu führe, dass Bäume gefällt werden müssen.

Massaria sei ein Pilzbefall, der den Baum nur dann von außen, also durch die Rinde, angreife, wenn dieser Baum unterversorgt sei, also wenn er z. B. zu wenig Wasser bekomme. Es handle sich nicht um einen Virus, der ständig im Baum bleibe und wieder ausbreche, sondern sei immer wieder ein neuer Befall von außen, durch Pilzsporen in der Luft. Bei einer Schwächung des Baumes hat der Pilz eine Möglichkeit, über die Rinde in den Ast einzudringen, den Ast zu zerstören, so dass der betreffende Ast herunter falle. Dies sei zunächst kein Problem und es bestehe keine Veranlassung,

den Baum zu fällen. Allerdings bestehe für die Stadt Köln ein Verkehrssicherungsproblem. Daher versuche man, nur die befallenen Äste herauszunehmen, bevor sie herunterfallen und so das Problem zu lösen.

Dennoch gebe es eine Diskussion im Hinblick auf den Klimawandel. Man habe festgestellt, dass es sich um einen wellenartigen Krankheitsverlauf handle, der nicht statisch ansteige, sondern mit Trockenperioden zusammenhänge. Als Beispiel nennt Herr Dr. Bauer die getätigten Investitionen gegen Massaria-Befall in 2011 von 500.000 Euro, in 2012 von 300.000 Euro und im ersten Halbjahr 2013 von 120.000 Euro. Insofern gebe es auch keine Ansteckungsgefahr und es stünden derzeit auch keine Fällungen an.

Gleichwohl könne es in extremen Fällen zu einer Fällung kommen, wenn der Befallsdruck so groß sei, dass man die Verkehrsicherung nicht mehr anders gewährleisten könne. Dies sei dem Ausschuss Umwelt und Grün auch schon in zwei Mitteilungen bekannt gegeben worden.

Jetzt greife man jedoch den Vorschlag der Bürgerinitiative auf und wolle sich dieser Methode nicht verweigern, die auch in anderen Städten praktiziert werde. Anschließend wolle man dem Ausschuss Umwelt und Grün ein Ergebnis vorlegen. Wenn der Versuch Wirkung zeigen sollte, schlage man vor, diese Methode bei allen 12.000 Platanen anzuwenden.

Dies habe allerdings enorme ästhetische und städtebauliche Auswirkungen und finanzielle Konsequenzen. Man müsse dann darüber nachdenken, sollte sich der Rückschnitt positiv auswirken, einen ständigen Haushaltstitel einzurichten, um diese Maßnahme über einen langen Zeitraum durchzuführen. Daher müssten nachvollziehbare Zahlen "auf den Tisch gelegt" werden.

Man habe in der Vorlage den Vorschlag unterbreitet, weil die Akzeptanz vor Ort vorliege, habe den Vorschlag mit dem Gutachter besprochen und ganz klar gesagt, dass der Versuch mit beiden Varianten auf die Weißenburgstraße begrenzt werden müsse, weil alles andere nicht vergleichbar sei. Als Beispiel nennt Herr Dr. Bauer den im Änderungsantrag vorgeschlagenen Christine-Teusch-Platz, wo ein wesentlich stärkeres Problem mit Massaria bestehe. Hier sei der Befallsdruck so groß, dass man 2-mal im Jahr Äste entfernen müsse. Daher seien die Weißenburgstraße und der Christine-Teusch-Platz nicht miteinander vergleichbar.

Zu Punkt 4 des Änderungsantrags informiert Herr Dr. Bauer, dass die Daten vorhanden und aufarbeitbar seien.

Wenn der Rückschnitt in der Weißenburgstraße zu einem Rückgang des Massaria-Befalls führe, sei dieses Ergebnis auch auf die anderen Standorte übertragbar. Der Versuch sei für 4 Jahre angesetzt und werde im Frühjahr 2014 beginnen.

Auf Fragen von SE Herrn Bilke antwortet Herr Dr. Bauer, dass sich beim Rückschnitt starke Triebe entwickeln werden. Daher müsse man die Bäume 5 bis 6 Jahre lang begleiten und immer wieder nach schneiden. Insofern sei der Aufwand immer mit im Auge zu behalten.

Hinsichtlich einer bundesweiten Übertragbarkeit von Ergebnissen auf andere Städte, wie z. B. Berlin, erläutert Herr Dr. Bauer, in Berlin und Mannheim herrschten zwar andere klimatische Verhältnisse, jedoch sei Massaria inzwischen überall im Bundesgebiet "angekommen". Insofern führe ein Versuch mit der beabsichtigten Schnittmethode vermutlich zu den gleichen Ergebnissen, obwohl der Druck aufgrund des unterschiedlichen Klimas und der Hitzeperioden verschieden sein könne.

Eine Kontrolle mit anderen Mitteln als mit Hubsteigern sei nicht gut möglich, da Masaria nur von oben sichtbar sei. Mittlerweile hätten die Baumkontrolleure aber einen Blick dafür entwickelt, welche Äste befallen werden können, weil der Pilz ja immer un-  
tersorgte Äste befallt, z. B. Äste in der Krone, wo mehr Schatten herrsche, die auch nicht so belaubt seien. Dies seine erste Indizien, an denen man potenzielle Äste erkenne könne. Diese Äste würden vorsorglich entfernt.

Der Grad des Rückschnitts liege nicht bei 50 % sondern bei 30 %.

Die Anregungen der Bürgerinitiative unter Punkt 5 und 6, zur Unterstützung der Baumgesundheit den hoch verdichteten Boden der Allee zu lockern und zu erneuern sowie das Befahren mit Krafffahrzeugen auszuschließen würden derzeit noch diskutiert. Hinsichtlich Bodenverdichtung müsse man unter anderem mit den AWB sprechen.

Die Frage von SB Herrn Becker, wie groß der Aufwand durch regelmäßige und gezielte Bewässerung der Bäume, evtl. über Baumpaten, in Trockenzeiten sei, beantwortet Herr Dr. Bauer dahingehend, dass Bewässerung helfen würde. Es gebe Versuche in Mannheim, wo gezielt bewässert werde. Allerdings sei der Aufwand bei einer Dimension von 12.000 Bäumen und 5.000 im Außenbereich immens. Bei einem Baumbestand, wie in der Weißenburgstraße, mit 80 Jahre alten Bäumen, könne man davon ausgehen, dass im oberen Bereich kaum Wurzeln zu finden seien. Insofern würde das Wasser die Wurzeln nicht erreichen. Bei jungen Bäumen sei das kein Problem.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller dankt Herrn Dr. Bauer für die umfassenden Informationen. Vielleicht könne man vor einer Entscheidung im September über dieses fachlich anspruchsvolle Thema mit Experten diskutieren. Sie schlägt vor, die Vorlage zusammen mit dem Änderungsantrag jetzt zur Mitberatung in die Bezirksvertretung Innenstadt 1 und den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu verweisen und stellt den Verweis zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **und den Änderungsantrag** in die nachfolgenden Gremien und bittet um anschließende Wiedervorlage.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **4.9 Rahmenvertrag über die Lieferung von handgeführten Maschinen, Ersatzteilen und Zubehör hier: Bedarfsfeststellung 1971/2013**

RM Herr Bacher bemerkt, in der Vorlage sei ausgewiesen, dass eine vergaberechtliche Abstimmung mit dem Zentralen Vergabeamt erfolgen solle. Er beantragt, in den Beschlusstext einen entsprechenden Vorbehalt aufzunehmen.

Die Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Beschlusstext, wie von Herrn Bacher mündlich beantragt, zur Abstimmung:

#### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf zum Kauf von handgeführten

Maschinen sowie von Ersatzteilen und Zubehör für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest, **unter dem Vorbehalt der vergaberechtl-lichen Abstimmung mit und Prüfung durch das Vergabeamt, ob eine Fokussie- rung auf einen speziellen Hersteller auch unter Berücksichtigung des gültigen Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW weiterhin zulässig ist.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**4.10 Beschaffung von 12 Fahrzeugen für den Teilbereich Stadtgrün  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungser-  
mächtigungen  
1979/2013**

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplante Beschaffung von 12 Fahrzeugen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

***Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:***

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Doppelhaushalt 2013/2014, Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Hj. 2013 in Höhe von 580.000 EUR bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ.

Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 (1) GO NW sind erfüllt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**5 Mitberatung von Planungsvorlagen**

Keine.

**6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

Keine.

**7 Mitteilungen**

**7.1 Statusbericht Rheinboulevard**

**7.1.1 Rheinboulevard  
2. Quartalsbericht 2013  
2036/2013**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.



## **7.2 Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastung durch Fahrgastschiffe (sog. "Partyschiffe") am Rhein 1804/2013**

SE Herr Koberg bemerkt, das Konzept beziehe sich anscheinend nur auf fahrende Schiffe. Er fragt, wie sichergestellt sei, dass nicht eine mögliche Gesetzeslücke ausgenutzt, indem einfach ein Anker geworfen werde. Außerdem möchte er wissen, wie die auf Seite 3 erwähnten Dokumentationspflichten sanktioniert seien.

RM Herr Dr. Albach fragt, ob die Verwaltung die Absicht habe, systematische Kontrollen durchzuführen oder nur dann, wenn sich Anwohner beschwerten. Er möchte auch wissen, wie das Ergebnis, zudem in den Bezirksvertretungen, kommuniziert werde.

Herr Liebmann sagt eine Weiterleitung der Fragen an die Ordnungsverwaltung zu mit der Bitte, dies schriftlich zu beantworten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7.3 Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform 2086/2013**

RM Herr Dr. Welpmann fragt, aus welchem Etatposten das Gutachten bezahlt worden sei.

Herr Liebmann antwortet, dass dies aus dem Etat der Feuerwehr erfolgt sei.

SE Herr Kraus merkt an, auf Seite 8 der Machbarkeitsstudie stehe im letzten Absatz, dass nach Untersuchungen des Umweltamtes in den erbohrten Proben im Ablagerungskörper keine Cyanide gefunden worden seien, so dass vom Bodenkontakt keine Gefährdung für Mensch und Tier auszugehen scheine. Er möchte wissen, in welchem Kontext diese Aussage zur vorher behandelten Vorlage unter TOP 4.7 zu verstehen sei.

Herr Liebmann erläutert, es handle sich hier um den Altlastenkörper selbst, zu dem bislang keine Ergebnisse vorlagen. In TOP 4.7 sei es um die Grundwasserbelastung im Abstrom des Kalkberges gegangen. Bislang sei nicht zweifelsfrei erkennbar gewesen, dass die Cyanidbelastung im Grundwasserabstrom aus dem Kalkberg komme. Man habe dort Aktivitäten über einen Zeitraum von 80 bis 100 Jahren zu berücksichtigen. Hinter dem Kalkberg liege, sozusagen im Zuström, das ehemalige CFK-Gelände mit entsprechenden Belastungen, die dort möglicherweise auch eine Rolle spielten. Dies müsse alles noch abgeklärt werden, da man dazu gesetzlich verpflichtet sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Aussagen von Herrn Liebmann zur Kenntnis.

## **7.4 Sachstand zum Ratsauftrag zur Erstellung eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes 2202/2013**

RM Herr Dr. Welpmann bedauert, dass es sich um keine besonders erfreuliche Mitteilung handle, da das Projekt doch so hoffnungsfroh gestartet sei und einige gute Veranstaltungen stattgefunden haben. Hier hebt er insbesondere die ausgezeichnete Auftaktveranstaltung im März 2012 im Rautenstrauch-Joest-Museum hervor.

Er äußert die Bitte, dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mitzuteilen, wie es jetzt weitergehe und was konkret geplant sei. Vor allem sollten die Beteiligten, insbesondere die Kölner Umweltbildungsverbände, die größtenteils an der Veranstaltung im März 2012 teilgenommen und mehrfach zum Sachstand nachgefragt hatten, offensiv informiert werden.

RM Herr Kienitz unterstützt die Aussage von Herrn Dr. Welpmann und merkt kritisch an, er sehe auch bei einigen anderen Projekten im Umweltbereich keinen Fortschritt. Als Beispiele nennt er die Lärmaktionsplanung und das integrierte Klimaschutzkonzept, wichtige Themen, derer man sich im Ausschuss Umwelt und Grün besonders angenommen habe und die weiter entwickelt werden müssten.

RM Herr Dr. Albach betont, dass die Ursachen für die Verzögerungen noch unerfreulicher seien, als die Verzögerung selbst. Daher könne er nachvollziehen, wenn freiwillige Aufgaben zugunsten von Pflichtaufgaben, wie Lärmaktions- und Luftreinhalteplanung, zurückgestellt werden müssten. Unabhängig davon äußert er Verständnis für die Umweltbildungsverbände, die eine Antwort erwarteten. Allerdings betreffe dies auch und insbesondere die Schulen. Herr Dr. Albach betont, 80 % der Umweltbildung finde an Schulen statt und auch die warteten auf Einbindung und ein Signal über die zukünftige Planung.

Herr Liebmann bestätigt, die Verwaltung werde die Anregungen aufnehmen und darstellen, wie es konkret weitergehe. Er unterstreicht, dass es sich keinesfalls um einen Stillstand handle, sondern nur um eine zeitliche Verzögerung.

Die Herausgabe des Kölner Umwelt- und Naturführers habe sich unter anderem auch wegen der haushaltsrechtlichen Einschränkungen verzögert. Er sei jedoch in Arbeit und werde voraussichtlich im Herbst so weit sein, dass er veröffentlicht werden könne. Bei der ebenfalls in Arbeit befindlichen Internetplattform handle es sich um eine sehr komplexe Aufgabe, die mit vielen Beteiligten abgestimmt werden müsse.

Herr Liebmann hofft, noch in diesem Jahr die Erfüllung des Bürgerantrags zum ganzheitlichen Umweltbildungskonzept dem Ausschuss Umwelt und Grün vorzulegen. Er macht deutlich, dass der Kontakt zu den externen Umweltbildnern nicht abgerissen sei, sondern weiterhin bestehe und wichtige Informationen weitergegeben wurden.

Auch im Hinblick auf die Lärmaktionsplanung gelte, dass kein Stillstand herrsche, sondern dass die Verwaltung an deren Umsetzung mit Hochdruck arbeite.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Liebmann zur Kenntnis.

## **7.5 Gefährdungsabschätzung des ehemaligen Schießplatzes in Köln-Ostheim 2219/2013**

SB Herr Arlt fragt, inwieweit bei einer oberflächennahen Abschiebung des belasteten Bodens das Grundwasser noch gefährdet sei und welche Maßnahmen dann noch erfolgen müssten.

RM Herr Dr. Albach möchte wissen, was für ein Bauwerk geplant ist, wie die Abdichtung erfolgt und ob eine Aufforstung bzw. etwas anderes auf diesem freien Feld geplant sei.

RM Herr Kienitz merkt kritisch an, dass die Maßnahme auch früher hätte durchgeführt werden können.

Frau Brammen-Petry, Sachgebietsleiterin im Bereich "Boden- und Grundwasserschutz" des Umweltamtes, erwidert Herrn Kienitz, dass die Belastungen dem Umweltamt beim Bau der Erschließungsstraße für das "Waldbadviertel Langendahlweg" mitgeteilt worden seien. Unmittelbar danach habe man begonnen, die Gefährdungsabschätzung durchzuführen. Diese komme zu dem Ergebnis, dass dort Grundwassergefährdungen vorlägen.

Daraufhin habe man eine Simulation, d. h. eine Berechnung, angestellt, in die nicht nur das Bleischrot, sondern auch der Grundwasserflurabstand, also der Höhenunterschied zwischen der Erdoberfläche und der Grundwasseroberfläche und damit auch die Entfernung des Grundwassers von den Belastungen und die Bodenbeschaffenheit berücksichtigt werden, um feststellen zu können, wie lange es dauere, bis die Belastung das Grundwasser erreiche. Die Ergebnisse, zumindest, was das Grundwasser angehe, konnten so nicht vorhergesehen werden, da die dortigen Bodenverhältnisse für das Kölner Stadtgebiet untypisch seien.

Man habe zudem festgestellt, dass nur die ersten 10 cm des Bodens betroffen seien. Eine in Betracht gezogene Sanierung umfasse einen größeren Bereich von etwa 25 cm Tiefe. Bei einer Fläche von etwa 2,5 ha Wald käme man auf ca. 6.000 bis 7.000 m<sup>3</sup> belastetes Material. Aufgeschüttet bedecke dies eine Fläche von 2.000 bis 3.000 m<sup>2</sup>, die zunächst von unten mit bindigem Boden abgedeckt werde. Darauf komme das belastete Material, anschließend eine Gasausgleichsschicht, Kunststoffdichtungsbahn, Entwässerungsschicht und darauf REKU-Boden. Dieses Bauwerk könne wegen der drohenden Durchwurzelung nicht aufgeforstet, sondern nur mit Rasen bedeckt werden.

Dies alles müsse natürlich noch konkret geplant und nach Fertigstellung gepflegt und im Auge behalten werden. Der ursprünglich belastete Bereich werde mit Mutterboden abgedeckt und könne auch wieder aufgeforstet werden.

RM Herr Dr. Welpmann kommt auf seine frühere Bitte zurück, die Gefährdungsabschätzung komplett und in elektronischer Form zugestellt zu bekommen.

Frau Brammen-Petry erklärt, die Gefährdungsabschätzung dürfte etwa August komplett abgeschlossen vorliegen und könnte dann zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Äußerungen von Frau Brammen-Petry zur Kenntnis.

## **7.6 Umsetzung des "elektronischen Abfallnachweisverfahrens" bei der Stadt Köln (Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.04.2013, TOP 4.1, Session-Nr. 0138/2013) 1931/2013**

RM Herr Brust ist verwundert, dass die Verwaltung nicht in der Lage sei, diese Aufgabe selbst zu übernehmen. Stattdessen 80.000 Euro für 2 Ämter auszugeben, also umgerechnet knapp 1 Mio. Euro bei 15 Ämtern für 1 Jahr, nur um die gesetzliche Pflicht zu erfüllen, sei nicht tragbar.

Daher sollte diese Mitteilung in den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen werden bzw. sollte das Rechnungsprüfungsamt die Wirtschaftlichkeit prüfen. Er sei sicher, dass es bei der Stadt Köln Bereiche gebe, z. B. die Gebäudewirtschaft, die diese Aufgabe für andere Ämter übernehmen würden. Selbst wenn es bei der Stadt Köln nicht möglich sei, gebe es Tochtergesellschaften, wie z. B. die AVG, die das können. Er bittet die Verwaltung hier um Stellungnahme und weitere Veranlassung.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis, verweist sie in den Rechnungsprüfungsausschuss und bittet darum, sie noch mal in der nächsten Sitzung auf die TO zu nehmen.

## **8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **8.1 GAG-Wärmepumpensiedlung Niehler WohnArt - Betriebserfahrungen und Energiekosten Beantwortung der Anfrage von Herrn Donath 2027/2013**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **8.2 Energiebericht 2012 - Verbrauchs- und Kostenstatistik 2011 und Sachstand Energiemanagementkonzept TOP 7.4 aus der Sitzung am 06.06.2013 Zusatzfragen des RM Herr Brust 2285/2013**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

## **9 Mündliche Anfragen**

### **9.1 Anfrage von Frau Grosser Erinnerung an mündliche Anfrage aus der Sitzung am 07.03.2013 Baumfällungen in Flittard**

SE Frau Grosser erinnert an die Beantwortung einer mündlichen Anfrage vom 07.03.2013, wo es um Baumfällungen in Flittard ging.

### **9.2 Anfrage von Frau Grosser Angebot des Luftsportvereins Leverkusen (LSC), seinen Flugplatz Kurtekotten als Landeplatz für den Rettungshubschrauber zu nutzen**

SE Frau Grosser erwähnt, dass der Luftsportverein Leverkusen (LSC), seinen Flugplatz Kurtekotten als Landeplatz für den Rettungshubschrauber anbieten wolle. Sie möchte wissen, inwieweit das Thema von der Verwaltung aufgegriffen worden sei.

Herr Liebmann sagt eine Weiterleitung der Frage an Dezernat I mit der Bitte um Beantwortung zu.

### **9.3 Anfrage von Herrn Kienitz Erinnerung an Beantwortung der schriftlichen Anfrage gem. § 4 Geschäftsordnung Drohende Sanktionen wegen überhöhter Stickoxidbelastungen in Köln (AN/0342/2013)**

RM Herr Kienitz fragt nach dem Sachstand der schriftlichen Anfrage gem. § 4 Geschäftsordnung zum Thema "Drohende Sanktionen wegen überhöhter Stickoxidbelastungen in Köln".

#### **9.4 Anfrage von Frau Welcker Pappeln am Rodenkirchener Rheinufer**

RM Frau Welcker berichtet, dass einige von den kurz zuvor gepflanzten Pappeln am Rodenkirchener Rheinufer umgefallen seien. Sie fragt, ob dies bzw. die Ursache bekannt sei und ob sich das Grünflächenamt darum kümmere.

Herr Kaune informiert darüber, dass dies bekannt sei und eine Firma bereits mit der Aufrichtung und Sicherung der Pappeln beauftragt worden sei. Es handle sich jedoch nicht um Vandalismus, sondern um Folgen des Hochwassers.

#### **9.5 Anfrage von Herrn Dr. Albach Planungen zum Verlegen des Mutzbach**

RM Herr Dr. Albach fragt nach dem Sachstand hinsichtlich der Planungen zum Verlegen des Mutzbaches.

Herr Dr. Bauer antwortet, die Vorplanungen seien abgeschlossen und es sei eine Bürgerbefragung durchgeführt worden, bei der kontroverse Ansichten vorgetragen worden seien. Daher werde ein Kompromiss vorgeschlagen. Die Planungen würden mit den Anregungen aus der Bürgerschaft verfeinert und der Unteren Wasserbehörde vorgelegt. Darüber werde der Ausschuss Umwelt und Grün in der nächsten Sitzung im Rahmen einer Mitteilung informiert.

#### **9.6 Anfrage von Herrn Dr. Welpmann Rather See**

RM Herr Dr. Welpmann möchte wissen, ob es hinsichtlich des Rather Sees Bestrebungen gebe, diesen weiter auszubauen, als ursprünglich geplant. Wenn dem so sein sollte, bitte er, den Ausschuss Umwelt und Grün darüber zu informieren und in die weiteren Planungen einzubinden. Er bekräftigt die damalige Beschlussempfehlung des Ausschusses Umwelt und Grün, nur ein bis zwei Wasserskibahnen auszubauen und nicht etwa drei.

Beigeordneter Herr Höing sagt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Ausschusssitzung zu.

#### **9.7 Anfrage von Herrn Fischer Kastanien in Neubrück**

SE Herr Fischer möchte wissen, ob der Verwaltung aufgefallen sei, dass die Kastanien in Neubrück in der Nähe des Rather Sees, die vor 2 oder 3 Jahren gepflanzt worden seien, teilweise nur noch eine halbe Krone bzw. eine Kastanie gar keinen Austrieb habe und ob dieser Tatbestand evtl. ein Garantiefall sei.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

gez. Dr. Sabine Müller  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)